

Antrag

öffentlich

Datum

20.11.2020

Nummer

A0252/20

Absender

Fraktion AfD

Adressat

Vorsitzender des Stadtrates
Herr Hoffmann

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

03.12.2020

Kurztitel

Prüfung der Problemlage im Moritzplatzquartier

Der Stadtrat möge beschließen:

Der Bürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie sich die Problemlage im Bereich des Moritzplatzes bezüglich Sozial- und Melderechtsbetrugs sowie Betrug in Zusammenhang mit Scheinselbstständigkeiten in den letzten 10 Jahren entwickelte. Besonders betrachtet werden sollen dabei die Höhe des entstandenen finanziellen Schadens, die Staatsbürgerschaft der vermeintlichen Betrüger sowie die ursächlichen Gründe, die diese Fehlentwicklungen im Stadtteil begünstigen.

Begründung:

Durch die Anfrage „Problemlage im Moritzplatzquartier“ (S0288/20) konnte aufgedeckt werden, dass im Zuge einer vermeintlich „groß angelegten außendienstlichen Kontrolle“ Mitte Juli 2020 etwa 60 Personen im Bereiche Neue Neustadt (um den Moritzplatz) zwangsweise melderechtlich abgemeldet wurden. Zwar versuchte die Stadt in der Stellungnahme (S0373/20) die 60 Zwangsabmeldungen durch die vermeintlich hohe Zahl an 5000 jährlichen melderechtlichen Überprüfungen zu relativieren, verschwieg dabei aber, dass die 60 Zwangsabmeldungen ohne konkrete Kontrollabsicht konzentriert am Moritzplatz auftraten. Erst im Zuge der Nachfrage stellte die Stadt fest, dass die Kontrolle nicht im Zuge von Verdachtsmomenten gegen das Meldewesen, sondern im Rahmen der Einhaltung der Quarantäneanordnungen stattfand. Weiterhin gibt die Stadt zu Protokoll, dass im Weiteren bei den Vor-Ort-Kontrollen keine strafrechtlich relevanten Feststellungen getroffen werden konnten und der finanzielle Schaden durch Sozial- und Melderechtsbetrug nur durch aufwendige Recherche durch das Jobcenter ermittelbar sei. Zudem wurde durch die Anfrage der AfD bekannt, dass zum 30.09.2018 insgesamt 146 Gewerbe rumänischer Personen im Gewerberegister registriert erfasst waren. Zum 31.12.2019 waren hingegen noch 26 Betriebe als angemeldet registriert. Der deutliche Rückgang der Registrierungen wird in der Stellungnahme S0369/20 auf behördliche Überprüfung und Ermittlungen zur Scheinselbstständigkeit zurückgeführt.

Im Zuge der nun absehbaren finanziellen Folgen der Corona-Krise können es sich staatliche Institutionen nicht mehr leisten, sich durch Sozialbetrug und Leistungerschleichung ausnehmen zu lassen. Daher soll der finanzielle Schaden sowie das Ausmaß von Betrug in diesem Bereich konkret erfasst und dargestellt werden, um effektive Handlungskonzepte zu entwickeln als auch umzusetzen.

Frank Pasemann
Fraktionsvorsitzender